

Presseinformation

In zehn Bundesländern nimmt die Polizei Strafanzeigen per Internet entgegen

- Nur sechs Bundesländer haben noch kein Angebot aufgebaut
- Nordrhein-Westfalen ist Vorreiter: 20.000 Online-Anzeigen pro Jahr
- Elektronische Behördendienste verbessern Service für Bürger

Berlin, 12. April 2007

Ob Fahrraddiebstahl, Beleidigung oder Einbruch – in 10 der 16 Bundesländer nimmt die Polizei Strafanzeigen inzwischen auch per Internet entgegen. Nur Bayern, Bremen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen bieten diese Möglichkeit noch nicht. Das hat eine Erhebung des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) ergeben. Als Vorreiter gilt Nordrhein-Westfalen. Dort sind seit März 2004 mehr als 60.000 Strafanzeigen online eingegangen. Das sind durchschnittlich 20.000 pro Jahr. „Immer mehr Landesregierungen erkennen die Vorteile elektronischer Bürgerdienste. So sind beispielsweise viele Menschen eher bereit, eine Anzeige über das Internet aufzugeben. Vor allem das Hemmnis, persönlich eine Wache zu besuchen, entfällt. So erfährt die Polizei nach eigenen Angaben heute von mehr Straftaten als früher“, sagte Jörg Menno Harms, Vizepräsident des BITKOM.

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

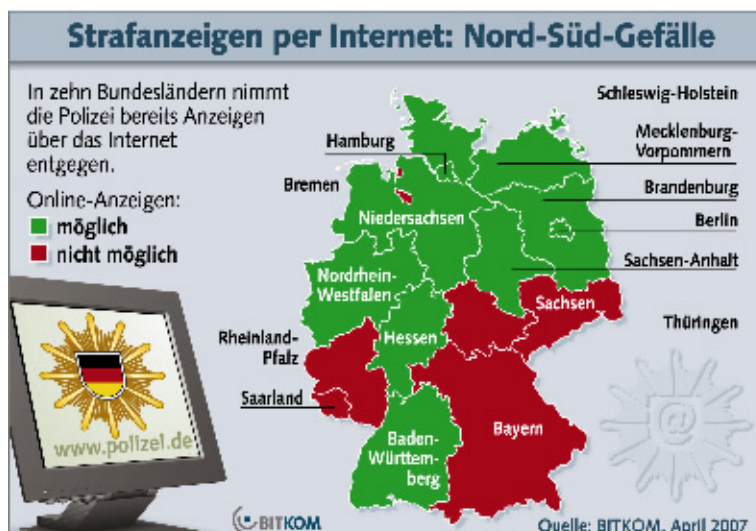
Albrechtstraße 10
10117 Berlin
+49. 30. 27576-0
Fax +49. 30. 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Stephan Kahl
Pressesprecher
Public Sector & Neue Märkte
+49. 30. 27576-119
Fax +49. 30. 27576-400
s.kahl@bitkom.org

Dr. Pablo Mentzini
Bereichsleiter
Public Sector
+49. 30. 27576-130
Fax +49. 30. 27576-400
p.mentzini@bitkom.org

Präsident
Willi Berchtold

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder



Presseinformation

In zehn Bundesländern nimmt die Polizei Strafanzeigen per Internet entgegen

Seite 2

Bei der Benutzerfreundlichkeit der Online-Dienste gibt es erhebliche Unterschiede. Während die Polizei in Baden-Württemberg auf ihrer Homepage lediglich ein allgemeines Textfeld zur Übermittlung von Anzeigen anbietet, haben andere Bundesländer umfassende Portale eingerichtet. Hier werden die Anzeigen zum Teil nach Delikten wie „Körperverletzung“ oder „Diebstahl“ vorsortiert. Beim jeweiligen Webformular stehen ausführliche Erklärungen zu den wichtigsten Elementen einer Anzeige und der weiteren Bearbeitung bereit. Eingehende Hinweise werden automatisch an die zuständigen Dienststellen weitergeleitet. Von dort erhalten die Absender eine Bestätigung über den Empfang. Einen Notruf über die Rufnummer 110 ersetzen die Online-Anzeigen nicht.

Insgesamt haben Deutschlands Ämter und Behörden im Internet allerdings noch Nachholbedarf. Während sich in vielen Ländern immer mehr Behördengänge online erledigen lassen, bleibt das in der deutschen Verwaltung die Ausnahme. Das belegt auch eine Studie im Auftrag der Europäischen Kommission zu den Internet-Diensten der öffentlichen Hand. Im Vergleich der 15 EU-Kernländer landet Deutschland dabei auf dem 13. Platz. Nur Griechenland und Luxemburg schneiden in der Studie schlechter ab. „Das ist ein Armutszeugnis“, sagte Jörg Menno Harms. „Elektronische Dienste sparen Kosten und verbessern den Service für Bürger. Eine Chance, die wir noch besser nutzen müssen.“

Bei der Polizei ist der Anfang gemacht. Das gilt selbst für jene Bundesländer, die offiziell keine Strafanzeigen über das Internet annehmen. Sie verfolgen in der Regel zumindest Hinweise, die sie per E-Mail erhalten.

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. vertritt mehr als 1.000 Unternehmen, davon 800 Direktmitglieder mit etwa 120 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Gerätehersteller, Anbieter von Software, IT-Services, Telekommunikationsdiensten und Content. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.